

08.01.2015

Niederschrift 002/2014

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 02.12.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 16:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Frau Aileen Droll

Herr Jürgen Kerl

Herr Gerd Oldenburg

Frau Manuela Werbinsky

Herr Uwe Zühlke

Vertretung für Frau Renate Jung

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Marie-Luise Scheideler

Herr Achim Schwarz

Kreistagmitglieder CDU

Frau Annika Dresen

Herr Olaf Lauschner

Herr Hakan Namlisoy

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hubert Hüppe

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilka Brehmer

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

abwesend

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Jürgen Kleine-Frauns

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 20.11.2014 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 139/14 | Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege |
| Punkt 3 | 181/14 | Verlängerung der Vereinbarung zur Mitfinanzierung ambulanter sozialpädiatrischer Behandlungen |
| Punkt 4 | 188/14 | Produkthaushalt 2015 - Budget 50 Arbeit und Soziales;
Bereich Soziales, Familie und Gleichstellung |
| Punkt 5 | 180/14 | Produkthaushalt 2015 - Budget Gleichstellung |
| Punkt 6 | 189/14 | Verbindliche Bedarfsplanung für stationäre Pflegeeinrichtungen im Kreis Unna einführen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2014 |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

**Punkt 4 188/14 Produkthaushalt 2015 - Budget 50 Arbeit und Soziales;
Bereich Soziales, Familie und Gleichstellung**

Erörterung

Frau Chur teilt mit, dass unter diesem Punkt gleichzeitig auch zu Punkt 5 (Produkthaushalt 2015 – Budget Gleichstellung) beraten werde.

Herr Sparbrod berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Zum Bereich „Stationäre Pflege“ führt er aus, dass es dort jährlich neue Abschlüsse über die Pflege- und Versorgungskosten zwischen den Landschaftsverbänden und den Trägern der Einrichtungen gebe. Somit käme es in diesem Bereich jährlich zu Steigerungsraten. Aber auch andere Kostenerhöhungen (z.B. Erhöhung der Pflegeausbildungsabgabe) würden hier eine Rolle spielen. Des Weiteren werde es zukünftig noch zu Modernisierungen einzelner stationärer Pflegeeinrichtungen kommen.

Die Leistung „Hilfe zum Lebensunterhalt“ werde in diesem oder im nächsten Jahr um einen Betrag von rund 1,5 Millionen Euro steigen, so Herr Sparbrod. Das hänge damit zusammen, dass Personen aus dem SGB II durch Begutachtung als nicht arbeitsfähig (für länger als sechs Monate) eingestuft und somit dem Bereich „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zugeordnet worden seien. Wenn dann dort festgestellt würde, dass eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit bestünde, dann würde ein Antrag beim Rentenversicherungsträger gestellt werden; diese Personen würden dann der Grundsicherung zugeordnet. Die Kündigung des Vertrages über die Mitfinanzierung der Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Stadt Bergkamen hätte dazu geführt, dass rund 2 Millionen Euro über die Kreisumlage mitgetragen werden müssten; eine Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden von 50 Prozent entfielen demnach zum 01.01. des kommenden Jahres.

Er teilt mit, dass zu einer Steigerung der Kosten im Bereich „Hilfen zur Gesundheit“ die hohen Kosten schwerer Erkrankungen führe. Zum Beispiel würden für einen Dialyse-Patienten, der mehrfach wöchentlich zur Dialyse müsse, jährlich rund 120.000,00 Euro Kosten entstehen.

Im Bereich der „Leistungen und Hilfen bei Behinderung“ führten hauptsächlich die Schulbegleithilfen zu einem Anstieg der Kosten, so Herr Sparbrod. Dennoch läge der größte Anteil der Kosten bei heilpädagogischen Leistungen für Kinder. Von der Jugendhilfe sei die Betreuung von Kindern mit einer Mehrfachbehinderung, die sich in einer Familienpflege befänden, auf die Sozialhilfe verlagert worden. Die Kosten hierfür betragen jährlich rund 650.000,00 Euro. Im nächsten Jahr werde es voraussichtlich eine weitere gesetzliche Änderung im SGB XII mit dem Ziel diese Leistungen, komplett mit der Betreuung, in den Zuständigkeitsbereich des Landschaftsverbandes zu verlagern.

Den Bereich „Ambulante Hilfe zur Pflege“ habe man bereinigt und dadurch sei es zu Kostenablehnungen gekommen und daher gebe es in diesem Bereich einen leichten Rückgang der Kosten.

Zur Verschlechterung des Haushaltes von rund 9,1 Millionen Euro führt er weiter aus, dass die Schulsozialarbeit künftig nicht mehr über „Bildung und Teilhabe“ sondern über spezielle Zuschüsse des Landes finanziert würde. Bezüglich der Erhöhungsanträge zu auslaufenden Verträgen und Vereinbarungen (Folie 6) teilt er mit, dass mit dem Frauenforum bereits Gespräche geführt worden seien. Der Politik habe er vorgeschlagen, nicht diese Summen für das nächste Jahr aufzugreifen, sondern die Tarifsteigerung des Öffentlichen Dienstes auf die tatsächlich zurzeit entstehenden Personalkosten anzurechnen. Dabei handele es sich um eine Summe in Höhe von 9.100,00 Euro und diese müsse über eine Veränderung und Beschlussfassung des Haushaltes eingebracht werden. Mit den Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen sowie für Wohnungswesen müssten noch weitere Gespräche geführt werden und darüber werde zur gegebenen Zeit entsprechend informiert.

Herr Sparbrod beantwortet eine Verständnisfrage von Herrn Nadolski-Voigt.

Abschließend schlägt Herr Sparbrod vor, die künftigen Verträge zum Jahresende auslaufen zu lassen. Dann könne man im Rahmen der Haushaltsplanberatungen alle Verträge durchsehen, um zu Vorschlägen und finanziellen Veränderungen im Haushalt zu kommen.

Zum Haushalt führt Herr Oldenburg aus, dass die SPD-Fraktion den Verwaltungsvorschlag, eine Anhebung entsprechend dem TVöD in Höhe von 9.100,00 Euro für das Frauenforum, wohlwollend prüfe und in die Haushaltsplanberatung einbinde. Ähnliches gelte für die Vergütungssätze der Schulbegleitung und der Teilhabe am Leben und der Gemeinschaft, dieses werde die SPD-Fraktion unterstützen. Des Weiteren denke die SPD-Fraktion darüber nach, den Fördertopf „Modellhafte Sozialarbeit“ wieder einzurichten.

Frau Chur bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Produkthaushaltes und der damit verbundenen guten Arbeit. Sie bittet, den Dank auch an die Mitarbeiter weiter zu geben.

Der Produkthaushalt 2015, das Budget 50 „Arbeit und Soziales“ sowie das Budget Gleichstellung, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 180/14 Produkthaushalt 2015 - Budget Gleichstellung

Erörterung, siehe Punkt 4

Punkt 6 189/14 Verbindliche Bedarfsplanung für stationäre Pflegeeinrichtungen im Kreis Unna einführen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2014

Erörterung

Die SPD-Fraktion begrüßt die Drucksache, so Herr Oldenburg. Er halte das Instrument der Pflegebedarfsplanung, dass es leider seit 2003 nicht mehr gegeben hätte, für zwingend notwendig. Er sehe einen Vorteil darin, dass man bei einer vernünftigen Bedarfsplanung seitens der Verwaltung und der Politik darauf achten könne, dass flächendeckend Plätze im Kreis Unna eingerichtet und vorgehalten würden.

Herr Lauschner teilt mit, dass die CDU-Fraktion diese Drucksache ebenso unterstütze. Er möchte nochmal auf den Termin 31.03. hinweisen und hoffe, dass bis dahin eine Realisierung stattfinden könne, denn die Verwaltung stünde vor einer gewaltigen Aufgabe.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt für die Drucksache ebenfalls ihre Unterstützung zu, so Herr Nadolski-Voigt. Wichtig sei, dass klar wäre, wie rechtsverbindlich die Bescheinigung sei, denn man müsse möglicherweise auch mit Klagen von Investoren rechnen.

Herr Sparbrod antwortet auf Nachfragen von Herrn Nadolski-Voigt sowie Herrn Stalz. Er teilt mit, dass nach dem neuen Gesetz die Verpflichtung bestünde, eine umfassende Pflegebedarfsplanung einzugehen. Hier ginge es nicht nur um die stationären/teilstationären Plätze, sondern um die ambulanten Dienste, Pflegegemeinschaften und andere komplementäre Dienste. Er begrüßt den Antrag, wenn er nicht von der Politik gekommen wäre, dann wäre er verwaltungsseitig eingebracht worden. Man habe bemerkt, dass viele Investoren eine Einrichtung bauen wollen, aber die quartiersbezogene Planung außer Acht ließen. Die Pflegeheime seien nicht voll belegt, die Quote schwanke zwischen 93 und 100 Prozent. Bis zum 31.03.2015

und sich in der nächsten Ausschusssitzung vorstellen. Sie bedankt sich für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

Frau Chur bedankt sich bei Frau Ersan ebenfalls und freut sich über ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung.

Abschließend bedankt sich Frau Chur bei Allen für die gute Zusammenarbeit und hofft auf eine Fortsetzung dieser Arbeit im kommenden Jahr. Diesbezüglich sei sie sich im Grunde sicher, denn es handele sich um sehr engagierte Ausschusssmitglieder. Anregungen und/oder Wünsche nimmt sie jederzeit gerne entgegen. Im nächsten Jahr läge der Arbeitsschwerpunkt in der Thematik „Pflegebereich“ sowie „Haushalt“. Ihr Dank gelte auch den Verbänden und allen die im Kreis Unna gute soziale Arbeit leisten würden. Ohne den Gemeinsinn innerhalb der Gesellschaft wäre vieles nicht möglich. Sie bittet darum, den Dank weiterzugeben, wünscht eine schöne Advents- und Weihnachtszeit sowie ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2015.

Anlagen

Präsentation „Kreishaushalt 2015 - Soziales, Familie und Gleichstellung“ – Bericht Herr Sparbrod

ges. Angelika Chur
Vorsitzende

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin